



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Hamburg-Nord

Bezirksamt Hamburg-Nord, Postfach 20 17 44, D - 20243 Hamburg

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und
Umwelt
Fachamt Bauprüfung

###

###

###

###

Kümmellstraße 6
20249 Hamburg
Telefon 040 - 4 28 04 - 68 07
Telefax 040 - 4 28 04 - 67 10
E-Mail wbz@hamburg-nord.hamburg.de

Ansprechpartnerin: ###
Zimmer ###
Telefon 040 - 4 28 04 - ###

GZ.: N/WBZ/04120/2015
Hamburg, den 14. Januar 2016

Verfahren
Bezug
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
N/BP-Kerngebiet/00720/2007
23.11.2015

Grundstück
Belegenheit
Baublock
Flurstück

405-019
3572 in der Gemarkung: Eppendorf

**Umbau des Peugeot-Autohauses in einen Bi-Marques Standort - Gestaltung Fassade -
Umbauten im Bestand**

GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.



Öffnungszeiten des Foyers:
Mo, Di 8:00-15:00
Do 8:00-18:00
Fr 8:00-12:00
Beratungstermine nach Vereinbarung

Öffentliche Verkehrsmittel:
Kellinghusenstraße U1, U3
Tarpenbekstraße Bus 22, 39
Julius-Reincke-Stieg Bus 20, 25

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.

Planungsrechtliche Grundlagen

Bebauungsplan	Eppendorf 7 mit den Festsetzungen: GE IV, GRZ 0,8, GFZ 2,2, BauNVO 1968 Baunutzungsverordnung vom 26.11.1968
Bebauungsplan	Lokstedt 52 / Eppendorf 9 / Groß Borstel 11 - Entwurf Baunutzungsverordnung vom 23.01.1990

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

10 / S14	Erklärung des Antragstellers zur Baustelleneinrichtung
10 / 2	Lageplan
10 / 3	Grundriss / Erdgeschoss
10 / 4	Grundriss / Obergeschoss/Ansicht
10 / 6	Baubeschreibung
10 / 9	Brandschutzkonzept
10 / 13	Schnitt DS Salon

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Verfahrensgrundlage

Die Prüfung der Baustelleneinrichtung/-überfahrt, soweit sie den öffentlichen Grund betrifft, ist nicht Bestandteil dieser Genehmigung. Die dafür erforderlichen Erlaubnisse bzw. Genehmigungen sind gesondert zu beantragen.

Zuständige Dienststelle für die Durchführung der Belange des Tiefbaus:

Kundenzentrum des Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)
Bezirksamt Hamburg-Nord
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg

Die aktuellen Öffnungszeiten und mitzubringenden Unterlagen sind beim Telefonischen HamburgService unter der Rufnummer 42828-0 zu erfragen.

Hinweis:

In diesem Fall bedarf die Nutzung der vorhandenen Gehwegüberfahrt als Baustellenzufahrt einer Sondernutzungserlaubnis.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

###

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Weitere Anlagen

Formblatt - Mitteilung über die Innutzungnahme

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage 1 zum Bescheid

BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Hamburg-Nord
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt - WBZ
Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg

AUFLAGEN

Brandschutz - Rettungswege

1. Die Rettungswege innerhalb des Gebäudes sind durch Hinweisschilder nach BGV - A 8 in Verbindung mit der DIN 4844 so zu kennzeichnen, dass die notwendigen Treppen und Ausgänge ins Freie auch von Benutzern und Besuchern ohne nähere Ortskenntnisse sicher aufgefunden werden können (§ 17 HBauO). Die Hinweisschilder müssen nachleuchtend sein. Die Türen der Notausgänge müssen sich während des geöffneten Betriebes jederzeit auch von ortsfremden Personen ohne fremde Hilfe öffnen lassen. Die Türen können mit Panikschlössern ausgestattet werden. Schlüsselkästen sind nicht zulässig.
2. Rauch- und Feuerschutztüren können die an sie gestellten Anforderungen nur erfüllen, wenn sie rauchdicht und selbstschließend sind. Sollen die Türen aus betrieblichen Gründen während der Betriebszeit offen gehalten werden, sind sie mit bauaufsichtlich zugelassenen Feststellanlagen oder Freilaufselbstschließern auszurüsten, die bei Auftritt von Rauch ein automatisches Schließen der Tür bewirken (§ 17 HBauO i.V.m. § 51 HBauO).

Brandschutz - Bauteilanforderungen

3. Die neue Wand zwischen Lager und Aufbereitung ist feuerbeständig herzustellen (§ 27 Abs. 2 und 3 HBauO)

Brandschutz - Sicherheitsvorkehrungen

4. Die Lüftungsöffnungen im Dach des DS-Salons werden durch die abgehängte Decke nahezu verdeckt.
Zur Herstellung von 5 % Wärmeabzugsflächen nach Abschnitt 6, Tabelle 2 der Industriebaurichtlinie können nach Anhang 2 auch Flächen von Toren, Türen und Lüftungseinrichtungen, die ins Freie führen, angerechnet werden, **sofern diese von außen ohne Gewaltanwendung geöffnet werden können**. Durch die Doppeltür in Achse C und das Sektionaltor in Achse 25 zusammen mit der verbleibenden Fläche im Deckenbereich kann die Fläche zum Rauchabzug nachgewiesen werden.
Es ist sicherzustellen, dass die Doppeltür in Achse C sich von außen auch von der Feuerwehr öffnen lassen (z.B. durch den Einbau eines Schlüsseltresores). Für das Sektionaltor wird die aufschmelzbare Fläche anerkannt. Eine Abweichung ist nicht erforderlich.

5. Auch wenn der neue Besprechungsraum im 1. Obergeschoss (ehemaliges Archiv) kein ständiger Arbeitsplatz ist, muss dennoch sichergestellt werden, dass sich die im Raum befindenden Personen bei Auftreten von Rauch, bzw. Feuer gewarnt werden. Dies kann durch eine Sichtverbindung zu den Fluren erfolgen oder durch funkgesteuerte Rauchmelder (§ 17 HBauO)
6. Feuerlöscher nach der DIN EN 3 müssen gut sichtbar vorgehalten werden. Grundsätzlich werden Löscher mit wässriger Lösung, Löschvermögen 27 A, empfohlen.
Die Art und Anzahl der erforderlichen Feuerlöscher sind mit der zuständigen Feuer- und Rettungswache abzustimmen.
(§ 3 Abs. 1 HBauO i.V.m. § 51 Abs.1 HBauO)
7. Die Anforderungen der Genehmigung N/BP-Kerngebiet/00720/2007 vom 13.09.2007 gelten weiterhin für die nicht von diesem Umbau betroffenen Teile des Gebäudes.

Folgeeinrichtungen

8. Folgende Fahrradplätze sind erforderlich:
 - 8.1. Die Änderung der bestehenden baulichen Anlage ergibt **keinen Mehrbedarf** an Fahrradplätzen (§ 48 Abs. 1 HBauO).
9. Folgende Kfz-Stellplätze sind erforderlich:
 - 9.1. Die Änderung der bestehenden baulichen Anlage ergibt **keinen Mehrbedarf** an Stellplätzen (§ 48 Abs. 1 HBauO).

HINWEISE

10. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).
Bitte verwenden Sie dafür den Vordruck in dem Onlinedienst "Anzeige Bau-, Abbruch- und Wiederaufnahmebeginn" auf der Internetseite gateway.hamburg.de.
11. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).
12. Weitere Hinweise, Merkblätter und Broschüren für Ihre Bauausführung finden Sie unter dem Link:
"<http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html>".

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Änderung, Nutzungsänderung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 3

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nichtwohngebäude